

# „Wir wollen die Mehrheit“

## 12. Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz appelliert an Wähler und Mitglieder

„Gerade in dieser Situation ist es notwendig, die Kräfte wieder zu sammeln und alle Gedanken, Anstrengungen und Handlungen erneut auf das große Ziel der politischen Einheit Europas — die auch die deutsche Spaltung überwinden soll — hinzulenken“. Mit diesen Worten umriß der Landesvorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier, das Motto des 12. Landesparteitages der CDU Rheinland-Pfalz, der vom 28. bis 30. August in Trier stattfand. Dem Thema „Rheinland-Pfalz im neuen Europa“ galten die zwei Hauptreferate von Ministerpräsident Dr. Altmeier und des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in Mainz, Dr. Helmut Kohl.

Dr. Kohl erinnerte zu Beginn seiner Rede an das Ergebnis der Landtagswahl vom 31. März 1963. „Damals“, so sagte Dr. Kohl, „verlor die CDU die absolute Mehrheit und kehrte nach einem Verlust von sechs Mandaten mit 46 Sitzen in den neuen Landtag zurück. Die FDP gewann ein Mandat und zählt heute elf Abgeordnete; die Sozialdemokraten konnten ihre Mandate um fünf vermehren und verfügen heute über 43 Mandate. In der Zwischenzeit ist ein Jahr vergangen, und mancherorts hat sich in unserer Partei gerade auch nach dem Kanzlerwechsel und der Regierungsbildung durch Ludwig Erhard erneut eine Stimmung der Bequemlichkeit breit gemacht. Ich halte diese Bequemlichkeit in unserer Partei lebensgefährlich. Die Entwicklung der letzten Jahre hat deutlich gezeigt, daß die Bundesrepublik aus einer Periode des Aufbaus herausgeschritten ist und daß eine Vielzahl neuer Probleme heute täglich auf uns eindringt.

### Hervorragende Aufbauerfolge

Es ist eine großartige Sache für unsere Partei, auf die hervorragenden Aufbauerfolge der CDU in Bund und Ländern hinweisen zu können. Das allein genügt jedoch nicht. Wir alle sind in unserem privaten Leben nicht gerne geneigt, an die Lehren der Vergangenheit zu denken. Genauso verhalten sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, um deren Stimmen wir bei allen Wahlen werben. Wir werden nach unserer Konzeption für morgen gefragt — und darauf kommt es in den nächsten Jahren entscheidend an.

Die CDU hatte in den Jahren 1955 bis 1959 und 1959 bis 1963 auch im Besitz der absoluten Mehrheit stets eine Koalition mit der FDP abgeschlossen. Auch im Rückblick auf diese Zeit erwies sich dieser Entschluß unserer Partei als richtig.

Wer allerdings geglaubt hatte, daß etwa die maßgeblichen Kreise innerhalb der FDP unseres Landes dieses damalige Entgegenkommen der CDU bei der Regierungsbildung im vergangenen Jahr besonders honorieren würden, wurde gründlich enttäuscht. Mir scheint es notwendig zu sein, sich immer wieder klarzumachen, daß Politik zuweilen eine harte Sache ist. Wenn es um eine Regierungsbildung geht und die Vergabe von Ministerposten und

ähnlichem, werden Tendenzen offenbar, die vorher niemand für möglich gehalten hätte.

Eine der wichtigsten Lehren aus dieser Regierungsbildung für uns muß es sein, mit aller Entschiedenheit und aller Kraft danach zu streben, nach der nächsten Wahl in Rheinland-Pfalz wie auch bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr im Bund die absolute Mehrheit wieder zu gewinnen.

Eine wichtige Erfahrung aus der Zeit des Abschlusses der Regierungsbildung in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr möchte ich dem Parteitag nicht vorenthalten. Es ist die Erfahrung, die wir in den kritischen Wochen bis April und Mai 1963 vor der Wahl der neuen Landesregierung in Mainz machen konnten. Ich meine unsere Beobachtungen hinsichtlich des politischen Verhaltens mancher hoher

Fortsetzung Seite 2

## Kommunalwahlen äußerst bedeutsam

Ministerpräsident, Dr. Peter Altmeier, der ebenso wie der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Dr. Kohl, die vielfältigen Aufgaben gestreift hatte, die vor der CDU in Rheinland-Pfalz in der kommenden Zeit stehen werden, wandte sich im Verlauf seiner Rede besonders den Kommunalwahlen vom 25. 10. zu.

Ministerpräsident Dr. Altmeier sagte dazu:

„In wenigen Wochen wird der Wettstreit um die politische Machtverteilung in unseren Rathäusern die Innenpolitik beleben. Der Bürger ist aufgerufen, seine Vertretungen in den Rathäusern neu zu ordnen. Ein bedeutsamer Vorgang, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Immer deutlicher wurde in den letzten Jahren der eigenständige politische Gehalt kommunaler Entscheidungen. Fast 80 v. H. der Bundes- und Landesgesetze werden von den Gemeinden in eigener Verantwortung durchgeführt. Hier entscheidet die politische Machtverteilung in den Rathäusern, ob und vor allem wie die Reformen der großen Politik im lokalen Alltag durchgeführt werden.

Deshalb rufen wir unsere Freunde in den Gemeinden und Kreisen zur aktiven Mitarbeit bei den Kommunalwahlen am 25. Oktober auf. Wir bitten sie, bei der Aufstellung der Kandidaten für die rechte Vertretung der Bevölkerung zu

sorgen und dabei auch vor allem unsere jüngeren Parteifreunde in die politische Verantwortung zu rufen. Denn die beste politische Schule ist immer noch die praktische Mitwirkung in den Vertretungskörperschaften der kommunalen Bereiche.

Wir wollen in diesen Tagen erneut bekennen, daß wir unser politisches Handeln nach unserer christlichen Weltanschauung gestalten wollen in der festen Zuversicht, damit dem wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Anliegen unseres Volkes zu dienen.

Laßt uns in solcher Zielsetzung weiterschreiten. Laßt uns in der Gemeinschaft dieses 12. Landesparteitages erkennen, wie stark wir in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sind, wenn wir zusammenstehen — die Jungen und die Alten, die Männer und die Frauen; wenn wir uns um die politischen Aufgaben des Tages mühen und dabei aber niemals das Ganze übersehen dürfen.“

# „Wir wollen die Mehrheit“

Fortsetzung von Seite 1

Beamter in den einzelnen Ministerien. Wenn etwas bei dieser Landtagswahl völligen Schiffbruch erlitten hat, dann die auch in unserer Partei hier und da gepflogene Meinung, daß es tunlich und zweckmäßig sei, sogenannte „Nahestehende“ zu fördern. Es war für mich persönlich und für viele unserer Freunde in Mainz eine der gravierendsten Erfahrungen, im vergangenen Jahr zu erleben, in welchem Umfang Männer in hohen Positionen, die manche Wohltat der CDU freudlichst entgegengenommen hatten, nunmehr bereit waren, ihren Mantel in den neuen Wind zu hängen. Manch einer dachte an die mögliche SPD-FDP-Koalition und verhielt sich entsprechend. Aus diesen Erfahrungen sollten wir für die Zukunft lernen.

**Wir sind allesamt entschiedene Gegner eines Parteibuchbeamtentums, wie es etwa die SPD dort, wo sie an der Macht ist, ausübt. Eine Partei gibt sich jedoch selbst auf, wenn sie nicht danach trachtet — und Gesetz und Ordnung geben uns das Recht dazu — bestimmte entscheidende politische Schlüsselpositionen mit Männern ihres Vertrauens zu besetzen, die selbstverständlich auch die fachliche und charakterliche Qualifikation für diese Ämter als Voraussetzung mitbringen müssen.“**

Dr. Kohl, der zusicherte, daß die CDU in Rheinland-Pfalz die Kontinuität der Politik fortsetzen wolle, nannte als Aufgaben der nahen Zukunft u. a. die geplante Verwaltungsreform, die Novellierung des Selbstverwaltungsgesetzes für Rheinland-Pfalz und die zu erwartende große Besoldungsreform, durch die das vorhandene Einkommens-Gefälle zwischen den Bediensteten der öffentlichen Hand und der freien Wirtschaft beseitigt werden soll sowie nach Ansicht der CDU auch die Nachwuchssorgen bei der Beamenschaft teilweise behoben werden können.

Dr. Kohl unterstrich weiter die Notwendigkeit eines engen Kontaktes zu den Trägern der Meinungsbildung wie es Presse, Rundfunk und Fernsehen darstellen. Der Fraktionsvorsitzende sagte:

„Eine freie Presse, ein freier Rundfunk, ein freies Fernsehen gehören zur freiheitlichen Demokratie wie die Luft zum Atmen. Sie haben ein Recht, ja eine Pflicht zu einer offenen Kritik — und wir als Politiker sollten uns dieser Kritik nicht entziehen. Es gibt selbstverständlich im Bereich der öffentlichen Meinung höchst unerfreuliche Auswüchse, die zu Recht von uns allen bekämpft werden sollten. Aber das gleiche kann man auch von der Politik sagen. Ich kann nur wiederholen, was ich auf dem Hannoveraner Parteitag gesagt habe: „Wenn ein Abgeordneter oder ein Minister am Sonntag eine schlechte Rede hält, kann er am Montag darüber keinen guten Bericht oder Kommentar erwarten.“

Noch eine weitere Aufgabe sprach Dr. Kohl in seinem Referat an:

„Vor einigen Monaten beschloß die Landtagsfraktion, ein EWG-Anpassungsprogramm für Rheinland-Pfalz zu erarbeiten. Ein Programm, das das Ziel hat, unserem Land im neuen Europa seinen

Platz zu sichern. Es sind nur noch sechs Jahre bis zum Jahre 1970, dem Schicksalsjahr Europas, in dem die Römischen Verträge in Kraft treten. Es sind Jahre, die auch in diesem Land genutzt werden müssen, wenn wir nicht unsere Chance vertun wollen.

Das heutige Rheinland-Pfalz hatte nach dem totalen Zusammenbruch des zweiten Weltkrieges einen besonders schwierigen Start. Das Grenzland-Schicksal, das Generationen unserer Väter belastete, kann heute die Chance unserer Generation werden. Rheinland-Pfalz ist geographisch ein Kernland Europas. Es liegt an uns, diese Chance zu nutzen. Wir können das nicht allein, wir brauchen hierzu die Hilfe des Bundes und der anderen Länder. Und es zeigt sich gerade an diesem Beispiel, wie wichtig es ist, den föderalistischen Aufbau unserer Bundesrepublik richtig zu begreifen und richtig zu lehren.

**Föderalismus bedeutet nicht Absonderung, nicht Einzelstaaterei, nicht verstaubtes duodez-fürstliches Denken — Föderalismus bedeutet, eine Aufgabe dort zu lösen, wo sie am besten zu lösen ist, bedeutet Unterstützung des anderen, bedeutet Aufeinandereingehen.**

Aus all diesen Gründen erscheint es mir besonders wichtig, einen engen Kontakt mit der Bundestagsfraktion und hier insbesondere mit der Landesgruppe Rheinland-Pfalz in unserer Fraktion in Bonn zu pflegen. Ich wäre sehr froh, wenn wir baldigst ein System des Meinungsaustausches erarbeiten könnten, das in einem möglichst weiten Umfang sicherstellt, daß in Bonn wie in Mainz

## Anpassung nicht erschweren

**Agrarexperten der CDU/CSU machten eigene Vorschläge**

**Im Hinblick auf die in Kürze beginnenden Verhandlungen im EWG-Ministerat hat die Arbeitsgemeinschaft Land- und Ernährungswirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion agrarpolitische Vorschläge entwickelt, die im letzten Jahr der Legislaturperiode verwirklicht werden sollen.**

Bundestagsabgeordneter Detlef Struve, einer der Agrarexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, leitete die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft, Bundesminister Schwarz war unter den interessierten Zuhörern. Leider verbietet uns die Raumnot in diesem Informationsdienst, die Vorschläge bis ins einzelne wiederzugeben. Wir müssen uns daher auf sinn-gemäße Darstellung beschränken.

Die Arbeitsgemeinschaft der Fraktion setzt voraus, daß die Bundesregierung in den kommenden Verhandlungen keine Vorschläge macht, die geeignet sein würden, das Preisniveau für Agrarerzeugnisse in der Bundesrepublik negativ zu beeinflussen. Einfuhrverpflichtungen, die auf Grund bestehender oder neuer Handelsverträge eingegangen werden, dürfen zu keinem zusätzlichen Druck auf die deutschen Agrarpreise führen.

Nicht einverstanden war die Arbeitsgemeinschaft mit der vom Bundesfinanzminister verfügten Mittelkürzung in Höhe von 250 Millionen DM beim Grünen Plan 1964. Der Hinweis, daß der Grüne Plan 1963 nicht voll ausgeschöpft

gemeinsame CDU-Politik betrieben wird. Es gibt wenig Dinge, die unserer Partei in den vergangenen Jahren mehr geschadet haben als dieses Denken in verschiedenen Ebenen, wo die einen nur von der Bundespolitik, die anderen nur von der Landespolitik und wieder andere nur von der Kommunalpolitik sprachen. Unsere Mitbürger haben hierfür ein recht vernünftiges Empfinden, und wenn wir an einem Punkt versagen, bezieht die CDU als Ganzes, als Partei für ihr Versagen die Prügel und nicht die Bundespolitiker und die Landespolitiker oder die Kommunalpolitiker.“

Dr. Kohl schloß sein Referat mit folgenden Worten:

„Dieser Parteitag im August 1964 findet in einem wichtigen Zeitabschnitt der deutschen Politik statt. Die gesamte Welt ist in Bewegung geraten. Im Ostblock wie in der freien Welt zeigen sich Entwicklungen, die vor wenigen Jahren noch niemand für möglich gehalten hätte. Es ist unsere Aufgabe, mit dieser Zeit und ihren Fragen fertig zu werden. Nicht nur im Bereich der großen Politik, sondern auch im Bereich der Landespolitik, von der manche irrigerweise meinen, ihre Aufgaben würden sich mehr im administrativen und nicht im politisch Gestaltenden erschöpfen, fallen die Entscheidungen. „Rheinland-Pfalz im neuen Europa“ ist mehr als nur ein geschickt gewähltes Parteitagsthema. Es ist, auf einen kurzen Nenner gebracht, eine Fülle von Fragen, deren Antwort wir uns geben müssen. In der rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie muß diese Antwort getragen sein vom Vertrauen unserer Mitbürger. Um dieses Vertrauen zu erreichen und zu erhalten, müssen wir unser Wollen überzeugend darlegen und vertreten, müssen wir unsere politische Führungskraft täglich beweisen.“

worden sei, kann nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft kein zutreffendes Argument darstellen. Die Bundesregierung soll darüber hinaus von der CDU/CSU-Fraktion gefragt werden, ob auch Haushaltsreste aus dem Grünen Plan 1964 anstehen. Stichtag für diese Untersuchung ist der 1. Oktober 1964. Von der Beantwortung ausgehend, will die Fraktion überlegen, ob Haushaltsreste noch im Rechnungsjahr 1964 voll ausgezahlt werden können.

Das Projekt einer Neuregelung bei den Mitteln für die Qualitätsverbesserung der Milch und für die Siedlung von Heimatvertriebenen wird von der Arbeitsgemeinschaft mit Aufmerksamkeit verfolgt. Haushaltsrechtliche Gesichtspunkte allein dürfen dabei nicht ausschlaggebend sein. Würden sie allein zur Grundlage genommen, dann könnten vorwiegend agrarpolitisch orientierte Bundesländer unter Umständen benachteiligt werden. Die Verbesserung der Agrarstruktur soll mehr als bisher neben dem Flurbereinigungsverfahren auf die Förderung des Ausbaus von Wegen und Gewässern konzentriert werden.

# Konsolidierung der Bundeswehr

## Wortlaut der Neun-Punkte-Vorschläge der CDU/CSU

In Kreisen der Union ist in letzter Zeit häufig der Wunsch geäußert worden, die genaue Formulierung der Vorschläge der CDU/CSU zur Verbesserung der Situation der Bundeswehr kennenzulernen. Diese Vorschläge sind vom CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Kliesing zu einem Neun-Punkte-Programm formuliert worden.

Diese Vorschläge sind geeignet, die Situation der Bundeswehr zu verbessern. Unter anderem sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Die Verabschiedung der Wehrpflichtnovelle soll beschleunigt werden, damit durch Abschaffung des Lossystems die Bundeswehr die besten Wehrpflichtigen aus den einzelnen Jahrgängen erhält.
- Die Kreiswehrersatzämter sollen statt bisher einen Arzt zwei zivile Ärzte für die Untersuchung der Wehrpflichtigen erhalten. Außerdem sollen bei diesen Ämtern die Voraussetzungen für psychologische Eignungsprüfungen der Wehrpflichtigen geschaffen werden.
- Die Grundausbildung der Soldaten soll in den ersten Wochen mehr Rücksicht auf den staatsbürgerlichen Unterricht und auf die körperliche Ertüchtigung des Soldaten nehmen, damit der Rekrut das nötige geistige und körperliche Rüstzeug für seinen Dienst in der Bundeswehr bekommt.
- Der Stellenkegel für Offiziere und Unteroffiziere soll verbessert werden. Dabei sollen die Besonderheiten des Soldatenberufs berücksichtigt werden, der zur Zeit auf dem Besoldungssektor zu sehr dem Beamtenberuf angepaßt ist.
- Das Bundesverteidigungsministerium soll Vorschläge ausarbeiten, wie einer Bürokratisierung in der Bundeswehr entgegengewirkt werden kann. Insbesondere

soll geprüft werden, in welcher Weise die Kompanieführer von Verwaltungsarbeit befreit werden können, um sich mehr als bisher der Truppenführung widmen zu können.

- Eine Änderung der Offiziersausbildung soll angestrebt werden. Die Veränderung der Ausbildung der Offiziere auf drei Jahre soll nicht erst 1970 einsetzen. Zu erwägen ist die Errichtung von Offiziersakademien oder auch von Offiziershochschulen. Besonders qualifizierte Offiziere sollen von der Bundeswehr für ein Hochschulstudium freigestellt werden. Die Errichtung von Unteroffiziersschulen soll beschleunigt werden.
- Die Wohnungsverhältnisse, insbesondere für das Unteroffizierskorps, sollen verbessert werden. Durch vermehrte Bindungsermächtigungen soll der Wohnungsbedarf der Bundeswehr rascher abgedeckt werden.
- Die Unterkünfte der Bundeswehr sollen, soweit das bisher noch nicht der Fall ist, in einen Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen einer modernen Menschenführung entspricht.
- Die Bewilligung von Baugenehmigungen für die Bundeswehr soll vereinfacht werden.

Nachdem diese Konzeption jetzt allgemein verbindlich ist, muß die innere Konsolidierung der Bundeswehr die Hauptaufgabe beim weiteren Aufbau sein.

## Gefährliche Verwirrung

### Berliner CDU fordert feste Haltung gegenüber Ulbricht

Der geschäftsführende Landesvorstand der Berliner CDU hat in einer Presseerklärung davor gewarnt, durch eine gesamtdeutsche Politik auf eigene Faust die Verhandlungsposition der Bundesrepublik gegenüber dem Osten unnötig zu schwächen.

Der Vorstand, der sich am 30. August mit aktuellen politischen Fragen beschäftigte, erklärte zu den in der Bundesrepublik geäußerten Vorstellungen über die Beziehungen zur Zone:

„Die Nachrichten der letzten Tage über unkontrollierte Kontakte mit Pankow und über unzulässige Aufträge des FDP-Bundesvorstandes an den Vizekanzler geben Anlaß zu ernster Besorgnis. Hinzu kommen bedenkliche Überlegungen in FDP-Kreisen über eine Anerkennung des Zonenregimes. Dies alles schafft gefährliche Verwirrung. Eine Politik auf eigene Faust, von wem auch immer sie versucht wird, kann der gesamtdeutschen Sache nur schaden und verschafft Ulbricht taktische Trümpfe.

Eine lückenlose Koordinierung der technischen Beziehungen zur Zone ist an-

gesichts der einheitlich gelenkten Verhandlungsführung der Gegenseite unbedingt notwendig. Allerdings berührt es sehr merkwürdig, wenn diese alte Forderung heute ausgerechnet von solchen Kreisen erhoben wird, die vorher durch andere Verhandlungsebenen die Position der Treuhandstelle für den Interzonenhandel geschwächt haben.

Ulbricht versucht, durch seine Publikationspolitik Bundesregierung und Senat unter den Druck unserer öffentlichen Meinung zu bringen, so wie er sie einschätzt. Durch Stillschweigen allein kann dem auf die Dauer nicht begegnet werden. Im übrigen kann die richtige Antwort auf diese Erpressungspolitik Ulbrichts nur eine feste Haltung in den Verhandlungen sein.“

## Auf ein Wort

Liebe Freunde,

in den Städten und Gemeinden der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hängen bereits die ersten Plakate, die auf die Kommunalwahlen vom 27. September hinweisen. Die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland werden am 25. Oktober folgen.

Am vergangenen Wochenende legte die CDU von Rheinland-Pfalz in Trier einen Rechenschaftsbericht über ihre Leistungen ab. Wenn am kommenden Wochenende die CDU von Niedersachsen einen Landesparteitag veranstalten wird, der sich vornehmlich mit Fragen der Kommunalpolitik beschäftigen soll, wenn endlich die CDU von Nordrhein-Westfalen am 15. September im Städtischen Saalbau zu Essen repräsentativ für alle fünf in diesem Herbst wählenden Länder eine zentrale Veranstaltung mit Bundeskanzler Erhard und dem Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Duhues durchführt, dann scheint das auf den ersten Blick ein wenig viel Wirbel um solch' „lokale“ Wahlentscheidungen zu sein. Trifft das zu?

Diese Frage ist schnell beantwortet: etwa 80 v. H. der Bundes- und Landesgesetzte werden in den Gemeinden ausgeführt. In seiner Gemeinde spürt der Bürger am ehesten die Wirksamkeit der politischen Arbeit einer Partei. Hier ist er noch ansprechbar für die Notwendigkeit, sich politisch zu engagieren — hier aber werden ihm auch falsche Maßnahmen und das Versagen der politischen Kräfte am deutlichsten sichtbar.

Schon aus diesen nur skizzierten Gedanken sollte uns der Wert kommunalpolitischer Arbeit deutlich werden. Gerade auf dem Gebiet der Gemeinde muß sich die CDU von den anderen Parteien abgrenzen. Was helfen die Erfolge einer von der CDU geführten Bundes- oder Landesregierung, wenn in den Gemeinden die tragenden Grundsätze unserer Politik nicht verwirklicht werden?

Ihnen, meine lieben Freunde, die Sie in der täglichen Arbeit der Kommunalpolitik stehen, brauche ich nicht zu sagen, wie etwa die klingenden Worte des Godesberger Programms der SPD in Kreisen und Gemeinden ins Gegenteil verkehrt werden. Sie wissen, daß bei unseren parteipolitischen Gegnern ein Unterschied zu machen ist zwischen den Beteuerungen der Führungsspitze und dem Verhalten der örtlichen Funktionäre.

Die CDU braucht, wie im Bund und in den Ländern, auch in der kommunalpolitischen Arbeit keinen Vergleich zu scheuen. Bitte, sorgen Sie alle dafür, daß die kommenden Kommunalwahlen zu einem Erfolg für unsere Partei werden.

Ihr Konrad Kraske

# Im Sande verlaufen

## Popularitätsschwund der Sozialdemokraten in Hessen

**Bekanntlich will die hessische Landesregierung unter Führung der SPD Maßnahmen des sogenannten Großen Hessenplans durch Bankgeschäfte finanzieren, für die sie die Investitions- und Handelsbank des Finanziers Müne-mann gewonnen hat.**

An anderer Stelle dieses Informationsdienstes wird darüber berichtet. In der Öffentlichkeit ist das Verfahren der Landesregierung, um zu entsprechenden Unterlagen für Maßnahmen des Hessenplans zu kommen, heftig kritisiert worden. Beispielsweise macht sich die „Frankfurter Rundschau“ am 1. 9. 1964 zum Sprecher der unzufriedenen Bevölkerung, wenn sie sich kritisch mit den Geldern beschäftigt,

die bisher für die Bemühungen der Ausschußmitglieder aufgewendet worden sind. Die sieben Ausschuß-Mitglieder, denen vor einem Jahr der Auftrag zuteil geworden war, Unterlagen für den Großen Hessenplan zusammenzustellen, erhielten pro Kopf und Monat 1500 DM. Die „Frankfurter Rundschau“ kritisiert die parteipolitische Ausrichtung des Ausschusses. Sie schreibt im einzelnen:

„Es soll an dieser Stelle keinesfalls die Brauchbarkeit der vom Ausschuß zusammengetragenen Unterlagen vorweg angezweifelt werden. Doch manche Kritik wäre erspart geblieben, wenn der Hessen-Plan-Ausschuß personell neutral gehalten und nicht parteipolitisch gefärbt worden wäre. So hingegen bleibt in jedem Fall beim Bürger das unguete Gefühl, daß mit seinen Geldern nicht korrekt verfahren

### Fehlplanung wird diskutiert

Auch in diesem Informationsdienst wurde in Nr. 32/1964 darüber berichtet, daß sich in Hessen bei der Planung zum Bau einer wichtigen Autobahnbrücke über das Döllbachtal äußerst unangenehme Fehlplanungen ereignet hatten. Bei dem Planfeststellungsverfahren zum Bau der Brücke stellte sich heraus, daß in Hessen Landwirtschafts- und Verkehrsministerium nebeneinander gearbeitet hatten, ohne sich darüber abzustimmen. Genau an der Stelle, an der die Pfeiler der Brücke errichtet werden sollten, hatten die hessischen Wasserwirtschaftler einen Stausee zur besseren Wasserversorgung der Stadt Fulda geplant. Durch die Fehlplanungen sind erhebliche Kosten entstanden, die nun vermutlich in den hessischen Landesetat übernommen werden müssen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat nun die hessische Landesregierung aufgefordert, in Zukunft eine bessere Koordinierung solcher Einzelplanungen vorzunehmen. Man wird sich auch im Landtag darüber zu unterhalten haben, wer für die Mehrkosten verantwortlich zu machen ist. Die CDU jedenfalls ist mit den Erklärungen der Staatssekretäre beider Fachministerien durchaus nicht zufriedengestellt.

## WDR-Verwaltungsrat einberufen

### Verschiebung der Adenauer-Fernsehsendung wird überprüft

**Der WDR-Verwaltungsrat wird sich am 8. September auf einer außerordentlichen Sitzung mit der umstrittenen Verschiebung der Fernsehsendung über Dr. Adenauers Tätigkeit als Kölner Oberbürgermeister beschäftigen. Der Verwaltungsrat wurde von seinem Vorsitzenden, Staatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues, einberufen.**

Verwaltungsratsvorsitzender Dufhues ist damit einer Bitte des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf, Dr. Lenz, gefolgt. Dr. Lenz hatte am 27. August Staatsminister a. D. Dufhues telegrafisch gebeten, unverzüglich in einer außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates des WDR klären zu lassen, ob der Eingriff des SPD-Fraktionsvorsitzenden Kühn in seiner Eigenschaft als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender in die Programmgestaltung des WDR rechtlich zu vertreten ist. Kühn hatte beim WDR-Intendanten von Bismarck nach wiederholten Vorstellungen bewirkt, daß die Fernsehsendung „Kon-

rad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln“, die am 1. und 2. September 1964 in der Sendereihe „Prisma des Westens“ ausgestrahlt werden sollte, vom Programm vorläufig abgesetzt wurde. Zunächst hatte von Bismarck den Protest Kühns gegen diese Sendung als völlig unberechtigt erklärt, weil Dr. Adenauer lediglich in einer Erinnerungssendung über seine Tätigkeit als Oberbürgermeister in Köln von 1917 bis 1933 berichten wollte und somit ein Zusammenhang der Sendung mit den Kommunalwahlen nicht besteht. Kurze Zeit später fiel der Intendant um, gab der Intervention der SPD nach und verschob die Sendung.

würde. Diese Vorwürfe aber hätte die Landesregierung, vorausgesetzt, daß es wirklich um die Sache ging, vermeiden können. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nochmals an den Fall der Hessischen Landesbank, der vom Landesrechnungshof vorgeworfen worden war, mit den ihr anvertrauten Geldern zu großzügig umgegangen zu sein. Bemängelt wurde, daß den Aufsichtsratsmitgliedern günstige Kredite gegeben wurden und daß man für zwei prominente Vorstandsmitglieder der Bank repräsentative Dienstwohnungen zum Preise von 600 000 Mark errichtet hatte.

Wie schon so oft, blieb es im Endeffekt bei wachweichen Erklärungen, und die ganze Sache verlief im Sand. Zwar wurde versichert, die festgestellten Mängel würden abgestellt, davon jedoch, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden, war nie die Rede. Die Gelder waren vertan, und der Steuerzahler hatte wie immer das Nachsehen. Die Verantwortlichen in der Spitze der Regierung werden sich aber nicht wundern dürfen, wenn die Öffentlichkeit auf solche Vorgänge mit einem wachsenden Vertrauensschwund reagiert.“

## Sozialpolitik in der Gemeinde

### Minister Grundmann fordert Initiative im kommunalen Bereich

**Der nordrhein-westfälische Sozialminister Grundmann forderte während einer Kundgebung der Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Ostwestfalen-Lippe eine verbesserte und gezielte Familienpolitik in den Gemeinden.**

Mit dem Blick auf die Kommunalwahlen erklärte der Vorsitzende der rheinischen CDU, Minister Grundmann, der 27. September sei kein Schnitt in der deutschen Nachkriegspolitik, sondern ein neuer Auftrag für die nächsten fünf Jahre. „Bei den Auseinandersetzungen im Kommunalwahlkampf werden wir weniger daran erinnert, was die anderen unterlassen haben, als vielmehr darauf

hingewiesen, was die CDU selbst geleistet hat und weiter leisten wird“, erklärte er.

Auch die Parlamentarier in Stadt und Land könnten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherheit unseres Landes leisten, meinte Grundmann und zeigte ein ganzes „Sozialpaket“ von Initiativen im kommunalen Raum auf, mit denen jungen Familien, alten und kranken Menschen, sowie den Kindern geholfen werden könne.

In diesem Zusammenhang warnte der Minister davor, alle sozialpolitischen Aufgaben auf den Staat abzuwälzen. Denn mit Geld allein könne den Schwachen und Hilfsbedürftigen nicht geholfen werden. Entscheidend sei die soziale Gesinnung, deshalb sollten nur Männer und Frauen, die sich zur christlichen Soziallehre bekennen, in der Union sich kommunalpolitisch betätigen.

Ein weites Feld der sozialpolitischen Arbeit in der Gemeinde sieht der Minister in der Sorge für die alten Menschen. „Die Rente ersetzt nicht das vierte Gebot. Die Einsamkeit der Alten im deutschen Volk ist eine schlechte Visitenkarte für unsere Wohlstandsgesellschaft“, erklärte dazu Minister Grundmann. Er forderte den weiteren Bau moderner Altersheime, aber nicht, um dadurch verantwortungslosen Familien ein bequemes Leben zu ermöglichen. Auch durch Mütter-schulung, Elternbildung und vor allem durch den Wohnungsbau könnten die Gemeinden die alarmierend hohe Zahl gescheiterter Frühehen senken.

# „Schön, daß Sie da sind . . .“

## Die Anfrage der niedersächsischen CDU zum Fall Zech-Nenntwich

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion hat jetzt den Text der Anfrage veröffentlicht, die sie wegen der merkwürdigen Umstände bei der Rückkehr des wegen Judenmordes zu Zuchthaus verurteilten früheren SS-Offiziers Zech-Nenntwich an die Landesregierung gerichtet hat.

Die Anfrage, die — wie man hört — der SPD/FDP-Landesregierung einige Kopfschmerzen bereitete, hat folgenden Wortlaut:

● Wann hat das Justizministerium zum erstenmal und durch wen erfahren, daß Zech-Nenntwich sich stellen wolle? Sind hieran Bedingungen geknüpft worden, von wem und welche?

● Ist es richtig, daß sich Zech-Nenntwich vom 26. Juli bis 6. August in seiner von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Villa „Haus Einsiedel“ in Remagen aufgehalten hat, und hatte die Staatsanwaltschaft dieses Haus beobachten lassen? Bejahendenfalls, welcher Behörde gehörten die Beamten an, die das Haus beobachtet haben?

● Trifft es zu, wie in der „Badischen Zeitung“ vom 20. August behauptet, daß Zech-Nenntwich „in der Nacht vor seiner Gestellung bei einem „Stern“-Mitarbeiter bei Hannover übernachtet“ hat?

● Aus welchen Gründen sind die Vertreter der Illustrierten auf ihre Anknüpfung hin, Zech-Nenntwich in Hannover „zu übergeben“, vom Justizministerium nicht aufgefordert worden, sofort den Aufenthalt des wegen eines Verbrechens Verurteilten mitzuteilen oder sogleich die nächste Polizeidienststelle bzw. Staatsanwaltschaft zu verständigen, damit der Entflohene auf Grund des bestehenden Haftbefehls sofort hätte festgenommen werden können?

● Ist die Veranstaltung einer Pressekonferenz im Justizministerium aus eigener Initiative des Hauses entstanden, obwohl vorauszusehen war, daß eine solche Veranstaltung zu einer Pressekonferenz des „Stern“ werden würde?

● Trifft es zu, wie in einer Ausgabe des „Stern“ erklärt wird, daß Staatsanwalt Dr. Kintzi den Entflohenen mit Händedruck und den Worten begrüßt hat: „Schön, daß Sie wieder da sind!“

● Hat der Justizminister oder sein Vertreter vor oder nach der Pressekonferenz im Justizministerium Gespräche mit dem Chefredakteur Nannen geführt? Wenn ja, welchen Inhalt hatten diese Gespräche?

● Trifft die Meldung der „Hannoverschen Presse“ vom 15. August zu, wonach „die Redaktion der Illustrierten in Hamburg erklärte“, das niedersächsische Justizministerium habe auf Bitten des Chefredakteurs Nannen bei dem zuständigen Gericht die Aufhebung des Haftbefehls gegen Margit Steinheuer erwirkt und ihr bis zur Hauptverhandlung freies Geleit zugesagt? Wenn ja, wie vertritt sich diese Einwirkung mit der richterlichen Unabhängigkeit? Wenn nein, wie hat sich der Vorgang abgespielt?

● Ist der Justizminister bereit, prüfen zu lassen, ob die Illustrierte Zech-Nenntwich oder den Damen Rosemarie Holt-Brüggemann und Margit Steinheuer

für die journalistische Auswertung der ganzen Vorgänge ein Honorar in Aussicht gestellt oder gezahlt hat, nachdem die Illustrierte im vorigen Jahr für die Rückgabe einer gestohlenen Madonnenfigur den Dieben angeblich eine hohe Belohnung in Geld zukommen ließ?

● Trifft es zu, wie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. August gefragt wurde, ob Herr Zech-Nenntwich „vielleicht in diesen vier Tagen — seines den Behörden unbekanntem Aufenthalts in der Bundesrepublik — Gast der Illustrierten gewesen“ sei?

● Ist der Herr Justizminister bereit, die „Merkwürdigkeiten“ ungeprüft zu lassen, die nach einem Bericht der „Frank-

furter Allgemeinen Zeitung“ vom 10. August den Staatsanwalt Dr. Kintzi zu der Bemerkung veranlaßten, daß die Tatsache, Zech-Nenntwich wieder in Gewahrsam zu wissen, ihn veranlasse, über „manche Merkwürdigkeiten hinwegzusehen?“

## Bremens Senat „außerstande“ . . .

Der Bremer SPD/FDP-Senat hat sich jetzt in der Antwort auf eine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion vor den früheren SPD-Wirtschaftssenator Wolters gestellt und die Ansicht vertreten, daß dieser einen Anspruch auf Ruhegehalt habe (siehe auch UfD 31/64). Als „außerordentlich merkwürdig“ wird in der Hansestadt jedoch die Erklärung des Senats bezeichnet, er sehe sich aus rechtlichen Gründen „außerstande“, über die Art der Erkrankungen, die zur Dienstunfähigkeit Wolters führten, Auskunft zu geben. Wolters hatte 1958 von seinem Amt zurücktreten müssen, nachdem er das Opfer eines nie aufgeklärten angeblichen nächtlichen Raubüberfalls in Bonn geworden war.

## Fernsehen und Hörfunk

### Blinde Passagiere

Herbert Mochalski, früherer Studententripierr in Darmstadt und heute Leiter des Frankfurter Stimme-Verlags, ist ein politisch umstrittener Mann. Er ist sogar so umstritten, daß es über seine politische Einstellung eigentlich gar keinen Streit mehr gibt. Jüngst hat er auf einer „Polnischen Woche“ in Bensheim die Ansicht vertreten, die Bundesrepublik solle ohne Gegenleistung auf die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete verzichten.

Neuerdings betätigt sich Herr Mochalski auch als Fremdenführer. Dabei ist es natürlich nur ein dummer Zufall, daß das Reiseziel gerade Moskau heißt. Am Montag ist er mit einer Gruppe von etwa 40 Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik in die Sowjetunion abgeflogen. Der Presse sagte Mochalski, es handele sich um eine 14tägige „Goodwill-Tour“. Wie zu erfahren war, setzt sich die Reisegesellschaft aus einer Gruppe deutscher Journalisten, Wissenschaftler, Juristen und „Vertretern der Fischwirtschaft“ zusammen. Organisiert wird die Reise von Mochalski Stimme-Verlag. Vorgesehen sind unter anderem Begegnungen mit Vertretern des sowjetischen Rundfunks, der Regierungszeitung „Iswestija“, des sowjetischen Journalisten- und Schriftstellerverbandes sowie Gespräche mit sowjetischen Politikern. Unterstützt wird die Reise von den Theologen Martin Niemöller und Professor Gollwitzer.

Die Teilnehmerliste enthält lauter illustre Namen, leidet aber ein wenig unter politischer Eintönigkeit. Unter anderen gehören dazu der SPD-Bundestagsabgeordnete Gustav Heinemann, Professor Ossip K. Flechtheim und Kurt Tucholskys Witwe Mary.

Sie fragen, was denn diese Kontaktreise prominenter „Friedensfreunde“ mit Hörfunk und Fernsehen zu tun habe?

Nun, wie Herbert Mochalski verlauten ließ, sind auch mehrere Hauptabteilungsleiter des Hessischen Rundfunks und des Südwestfunks mit von der Partie, um sich in Moskau als wahre Demokraten loben zu lassen. Darunter sind Horst Krüger, Leiter des Nachtstudios des Südwestfunks, und Werner Jaspert, Leiter der Hauptabteilung Unterhaltung im Hessischen Rundfunk. Inwiefern die Unterhaltungs-sendungen des Hessischen Rundfunks von dieser Reise profitieren sollen, ist nicht ganz einzusehen. Aber vielleicht ist es ja nur eine private Urlaubsreise.

Wissen Sie, wer noch mitfährt? Noch ein ehemaliger Darmstädter: Eugen Kogon, Professor für wissenschaftliche Politik und — man streitet sich darum, ob haupt- oder nur nebenberuflich — Leiter der zeitkritischen NDR-Sendereihe „Panorama“. Kogon saß schon im Flugzeug nach Moskau, als sein Bild noch in der letzten Panorama-Sendung am vergangenen Montag etwa 10 Millionen deutschen Fernsehzuschauern vor Augen stand. Hier geisterte sein süffisantes Lächeln noch über die Bildschirme, und Matthias Walden hatte Mühe, nicht in die mit der ihm gegebenen Thematik aufgestellten offenen Messer zu laufen. Seine vergleichende Betrachtung des deutschen Offizierkorps einst und jetzt vermied die sonst üblichen „Panorama“-Tendenzen. Im folgenden Beitrag moikierte sich Panoramachef Kogon persönlich in etwas unfairer Weise über ein zuvor gesendetes Interview mit Cabot Lodge, dem früheren amerikanischen Botschafter in Südvietnam.

Während uns all dies hier am Montag im Fernsehen serviert wurde, war Eugen Kogon schon längst mit seinem Reiseleiter Mochalski auf dem Wege nach Moskau. Sicher wird er von dieser Reise eine Fülle von Anregungen und Ideen mitbringen. Wir werden sie uns ansehen müssen. ohg.

# Noch fehlt die Klarheit

## Hessische CDU fordert parlamentarischen Untersuchungsausschuß

**Noch immer ungeklärt ist die Frage der Beteiligung der hessischen Landesregierung an Bankgeschäften, die der Finanzierung des sogenannten Großen Hessenplans dienen sollen. Die CDU fordert Antwort auf ihre Anfrage.**

Die CDU-Fraktion im Landtag hat daher durch ihren Vorsitzenden Dr. Großkopf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert. Es soll endlich geklärt werden, in welcher Form und in welcher Höhe eine Beteiligung des Landes an der Investitions- und Handelsbank veranlaßt worden ist.

Die Fragen, die von der CDU gestellt werden, haben folgenden Wortlaut:

1. Welche Verhandlungen, Vereinbarungen, Absprachen oder Zusagen zur Übernahme oder zum treuhänderischen Erwerb einer Kapitalbeteiligung an der Investitions- und Handelsbank Frankfurt am Main hat der Ministerpräsident, ein anderer Minister oder die Landesregierung geführt, mit wem und wann?

2. a) Welche Zusage hat die hessische Landesregierung oder der Ministerpräsident oder ein anderer Minister der Bank für Gemeinwirtschaft AG Frankfurt am Main hinsichtlich des Erwerbs einer solchen Beteiligung gemacht und welcher Übernahmekurs wurde dabei vereinbart?

b) Welche Tatsachen liegen vor, aus denen der hessische Finanzminister den Schluß gezogen hat, die Landesregierung habe eine moralische Verpflichtung zur Übernahme einer Kapitalbeteiligung an der Investitions- und Handelsbank?

3. a) Welche Gründe waren dafür bestimmend, daß der hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr in den Aufsichtsrat der Investitions- und Handelsbank gewählt bzw. delegiert wurde?

b) Hat er in der Generalversammlung der Investitions- und Handelsbank 26

Prozent Fremdbesitz vertreten? Wenn ja, wessen Fremdbesitz und in wessen Auftrag?

c) Hat der Ministerpräsident oder die Landesregierung von den Tatsachen zu a) und b) gewußt und diese ggf. gebilligt?

4. Hat die hessische Landesregierung oder der Ministerpräsident die Hessische Landesbank ersucht, eine Beteiligung von 26 Prozent an der Investitions- und Handelsbank zu erwerben und zu welchem Kurs? Was hat der Vorstand der Landesbank dazu beschlossen? Wie ist vom Vorstand der Landesbank der Übernahmekurs gewertet worden? Hat die Landesregierung die treuhänderische Übernahme des Aktienpaketes durch die Landesbank gewünscht?

5. Gibt es öffentliche Aufgaben und ggf. welche, die das Land durch eine Privatbank, an der es mit 26 Prozent beteiligt ist, besser erfüllen kann, als durch enge Zusammenarbeit mit der Landesbank und dem gesamten Kreditgewerbe?

Die SPD hat in einer ersten Antwort mitgeteilt, von der Landesregierung seien die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien eingehend über die Transaktionen informiert worden. Der Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß wird die SPD aber vermutlich zustimmen.

## 27 400 Schulräume gebaut

In Baden-Württemberg wurden seit Kriegsende 27 400 Klassenräume durch Neubau, Umbau oder Wiederaufbau erstellt. Durch ein entsprechendes Förderungsprogramm der Landesregierung wurden allein 1963 3022 Klassenräume mit einem Gesamtaufwand von 178 Millionen DM gebaut. Der Schulbau in Baden-Württemberg wurde 1963 zu 43,7 Prozent durch Landeszuschüsse getragen.

# Ohrfeige für SPD-Vertreter

## Antwort auf späte Rache: SPD-Ortsverein löst sich auf

**Ausgerechnet im „roten Musterland“ Hessen haben die Sozialdemokraten acht Wochen vor den Kommunalwahlen eine weithin schallende Ohrfeige einstecken müssen, die um so schmerzlicher wirkt, als sie aus den eigenen Reihen erteilt wurde: Ein hessischer Ortsverband der SPD löste sich auf.**

In Twiste, Kreis Waldeck, beschlossen die stimmberechtigten Mitglieder der SPD, an ihrer Spitze Bürgermeister Christian Reuter, Regierungsamtmann Fritz Höhne und Regierungsinspektor Hans Marowsky (beide bei der Kreisverwaltung), die Auflösung ihres Ortsvereins und erklärten zugleich ihren Austritt aus der SPD.

Dieser in der SPD nicht mehr ungewöhnliche Vorgang ist die Quittung für

den Versuch, die Parteidisziplin — wie sie von Parteizentralen in Korbach und Wiesbaden verstanden wird — mit allen Mitteln wider die Gebote der Vernunft und Toleranz durchzusetzen. Der „Fall Twiste“ begann vor gut zwei Jahren und endete nunmehr nach vorausgegangenem internen Kleinkrieg nach Heckenschützenart damit, daß sture Funktionsdogmatik gegenüber demokratischer Konsequenz den Kürzeren zog.

Als vor zwei Jahren im Kreis Waldeck der Landrat neu zu wählen war, wollte die SPD des Kreistages die Gefolgstreue der GDP mit der Nominierung Frank Seiboths, heute Lotto-Geschäftsführer in Wiesbaden, honorieren, nicht zuletzt aber auch im Hinblick auf die — inzwischen geschwundene — Zugkraft des gewesenen GDP-Bundesvorsitzenden. Die Rechnung der SPD ging nicht auf, weil Bürgermeister Reuter aus Twiste dieses Spiel nicht mitspielte. Er hielt den Kandidaten der Opposition für den besseren Mann und stimmte für ihn. Ebenso verhielt sich Höhne.

Die SPD-Funktionäre, an ihrer Spitze der SPD-Fraktionsvorsitzende im Waldecker Kreistag und Landtagsabgeordnete Weber, haben ihre und der Partei Niederlage durch die eigenen Leute nicht verschmerzt. Sie setzten jetzt Bürgermeister Reuter auf den 28. Platz der SPD-Liste für den am 25. Oktober zu wählenden Kreistag — also an aussichtslose Stelle. Höhne wurde überhaupt nicht wieder aufgestellt.

Allerdings ist mit dieser letzten Rache das Kapitel nicht beendet. Die ehemaligen SPD-Mitglieder aus Twiste werden jetzt eine eigene Liste aufstellen. Hier dürfte die SPD ausgespielt haben.

# Rücksichtsloser Eingriff

## CDU-Protest gegen die SPD-Schulpolitik in Niedersachsen

**Die CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtages sprach in ihrem Protest vom 24. August von einem „rücksichtslosen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde“. Es ging um eigenartige schulpolitische Maßnahmen des Hildesheimer Regierungspräsidenten Dr. Rabus (SPD).**

Die Gemeinde Sorsum hatte erst vor kurzer Zeit eine neue Schule für 1,5 Millionen DM gebaut, so daß ausreichend Raum für die Schulkinder geschaffen worden war. Dennoch verfügte Rabus über die Köpfe des Gemeinderates hinweg, daß die Schüler der drei Oberklassen künftig die in einer zwei Kilometer entfernten Gemeinde gelegene Mittelpunktschule zu besuchen haben.

Das stieß auf den einmütigen Widerstand des Gemeinderates. Einstimmig beschloß er, eine einstweilige Verfügung gegen diese Maßnahme zu beantragen. Das Gericht lehnte den Antrag zwar ab, räumte jedoch ein, die Beschwerde sei begründet. Deshalb legte der Sorsumer Gemeinderat inzwischen eine Verfassungsbeschwerde ein.

Da sich ähnliche Vorfälle bereits in zwei andere Gemeinde ereignet haben,

hat die niedersächsische CDU den Verdacht, daß es sich „offenbar um ein System handelt, mit dessen Hilfe die SPD auf dem Wege über den Regierungspräsidenten Dr. Rabus ihre Schulpolitik durchzusetzen bemüht ist, während der FDP-Kultusminister Mühlendorf tatenlos zusieht.“ Tatsächlich meldete sich der Minister in dieser Frage nur zu Wort, um zu verkünden, er halte es für „zumutbar“, daß die Sorsumer Schüler den zwei Kilometer langen Weg in ihre neue Schule gehen.

**Die CDU will diese schulpolitischen Vorgänge im Parlament zur Sprache bringen, darüber hinaus eine Aufhebung der Anordnungen verlangen und energisch Front machen gegen weitere unzulässige Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung, wie es in einer Erklärung vom 24. August heißt.**

# Die Zukunft bestehen

Kiesinger, Lemmer und Stingl bei den Donauschwaben

Zum Recht eines jeden Menschen auf die Heimat bekenne sich das ganze deutsche Volk, es verlange jedoch dieses Recht auch uneingeschränkt für seine Angehörigen. Das erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger auf einer Kundgebung zum 8. Tag der Donauschwaben, zu dem am Wochenende rund 20 000 Vertriebene aus Jugoslawien, der Batschka, dem Banat und der „schwäbischen Türkei“ nach Kirchheim Teck gekommen waren.

Das deutsche Volk sei bereit, mit allen Menschen in friedlicher Nachbarschaft zusammenzuleben, doch müsse mit dem Frieden die Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Die Anzeichen einer spürbaren Besserung der Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern bezeichnete Kiesinger als eine willkommene Entwicklung, da dadurch auch das schwere Schicksal der hunderttausende noch in diesen Ländern lebenden Volksdeutschen etwas leichter würde. Gerade auch um ihr zwillen müsse immer wieder die Forderung nach ungeteilter Gewährung der menschlichen Grundrechte erhoben werden, denn die Volksdeutschen seien durch das verbrecherische System des Nationalsozialismus am meisten mißbraucht worden.

Auf die Besonderheiten der donauschwäbischen Menschen in Schicksal und Leistung hatte Bundesvertriebenenminister Ernst Lemmer eingangs anlässlich einer Festveranstaltung hingewiesen, die ganz im Zeichen des Dankes der Donauschwaben für die von ihnen nach Amerika ausgewanderten Landsleuten geleistete große materielle und ideelle Hilfe in

den ersten Notjahren nach 1945 gestanden hatte.

Scharf wies Lemmer die systematische Verleumdungskampagne des Kommunismus gegen das deutsche Volk zurück, die nur als Vorwand dafür dienen solle, die Forderung des Naturrechts auf Heimat auch für uns zurückweisen zu können. Die Grundlagen der Freiheit für alle Menschen bestünden jedoch in der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts, das niemals geteilt werden dürfe.

Bei der Verteidigung des Rechts auf die Heimat handle es sich nicht um den Ausbruch eines Gefühls, sondern um das Verlangen nach Wiederherstellung eines gewaltsam verletzten Rechts, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, der auf der sonntäglichen Kundgebung die Festrede hielt.

Es gehe nicht an, auf der einen Seite die durch Hitlers Politik begonnene und in noch weitaus größerem Ausmaß geplante Vertreibung als Verbrechen zu brandmarken und die Verantwortlichen zu verurteilen und auf der anderen Seite über das Verbrechen der Vertreibung von Millionen Deutschen zur Tagesordnung schreiten zu wollen.

## Altersversorgung vordringlich

Seeborn und Hellwege bei einer CDU-Vertriebenen-Tagung in Stade

Die Versorgung und Sicherung der früher Selbständigen, die keine gesicherte Altersversorgung haben, bezeichnete der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Kuntzsch am Wochenende auf einer Arbeitstagung des Vertriebenen-, Flüchtlings- und Kriegsgeschädigtenausschusses des CDU-Bezirksverbandes Stade als ein besonders vordringliches Problem.

Die Tagung erhielt ihre besondere Bedeutung dadurch, daß an ihr auch der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Hannover, Bundesverkehrsminister Dr.-Ing. Seeborn, und der frühere niedersächsische Ministerpräsident Hellwege teilnahmen.

Mit Rücksicht auf den noch immer sehr wichtigen sozialen Wohnungsbau — hunderttausende junger Familien, Vertriebene und Flüchtlinge haben auszahlungsreife Bausparverträge und rechnen in der Gesamtfinanzierung fest mit einem Aufbaukredit — versprach Kuntzsch, sich für einen zufriedenstellenden Ausweg einzusetzen.

Bei einer öffentlichen Kundgebung dankte Kuntzsch später dem Bundesverkehrsminister für die klare und eindeutige Definition der Begriffe Selbstbestimmung und Heimatrecht, wie er sie schon früher vertreten habe. Er sagte: „Wir sehen darin nur den Beweis, daß unsere Anliegen in der Christlich Demokratischen Union am klarsten, eindeutigsten und erfolgreichsten vertreten wurden und

werden.“ „Verzichterklärungen“, so betonte Kuntzsch unter starkem Beifall, „von welcher Seite sie auch immer kommen, gefährden den Bestand des deutschen Volkes und werden daher unter Berufung auf das uns von Gott gegebene Heimatrecht abgelehnt.“

Als Hauptreferent betonte Bundesverkehrsminister Seeborn, daß eine echte Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarvölkern, ähnlich wie mit Frankreich, nur auf der Basis des Rechts unter Gleichen erfolgen könne. Jeder Vorwegverzicht verstoße gegen dieses Gleichheits- und Rechtsprinzip und mache eine echte Verständigung unmöglich. Als Voraussetzung für die Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts forderte Seeborn ein auf Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit gegründetes Europa, in dem allen Völkern — ganz besonders auch unseren Nachbarn im mittelosteuropäischen Raum — das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht zuteil werde, und in dem nationale Grenzen nur noch eine untergeordnete Rolle haben dürften.

## VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

### Landmannschaften wollen Frieden

„Die Landmannschaften wollen den Frieden!“ Das hat Bundesvertriebenenminister Ernst Lemmer am Wochenende anlässlich des Wiederkehr des 15. Gründungstages der Pommerschen Landmannschaft in Berlin festgestellt. Solange jedoch ein Friedensvertrag mit Deutschland nicht abgeschlossen sei, bleibe Unrecht, was Unrecht ist, betonte der Minister, der auch entschieden den von östlicher Seite immer wieder vorgebrachten Vorwurf zurückwies, die Vertriebenen seien „Revanchisten“.

### Bundesverdienstkreuz für Wenzel

Auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kiesinger hat der Bundespräsident den Gründer und heutigen Ehrenvorsitzenden des „Hilfsvereins der sudetendeutschen Angestellten“, Eduard Wenzel, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Staatssekretär Sepp Schwarz, Leiter der Hauptabteilung für Vertriebene und Flüchtlinge im Landesinnenministerium, hat Wenzel die Auszeichnung überreicht. Der Hilfsverein leistete wertvolle Vorarbeiten für alle die Vertriebenen betreffenden Rentengesetze.

### Mauer und Todesstreifen

„Die Mauer in Berlin und der Todesstreifen an der Zonengrenze sollten immer gleichzeitig genannt werden!“ Das schlug die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion in einem Brief an Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier vor. Die CDU hat darin betont, daß neben der überragenden Bedeutung des Berlin-Problems das sich täglich an der Zonengrenze manifestierende Unrecht in der öffentlichen Meinung nicht in Vergessenheit geraten dürfe.

### Eine Million Einwohner weniger

Seit 1950 ist die Bevölkerungszahl der sowjetischen Besatzungszone um rund 1,2 Millionen zurückgegangen, wie im „Statistischen Jahrbuch der DDR 1964“ zugegeben werden mußte. Vor allem in den an der Zonengrenze gelegenen Verwaltungsbezirken hat sich die Bevölkerungszahl rapide vermindert.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# Neuwahlen im Herbst

## Havighorsts Bürgermeister Hoffmann (GDP) vom Gericht abgewiesen

Die Einwohner der kleinen schleswig-holsteinischen Gemeinde Havighorst werden noch in diesem Herbst eine neue Gemeindevertretung wählen müssen, obwohl die letzten Kommunalwahlen erst im März 1962 stattgefunden hatten. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat jetzt einen Beschluß des Landtages bestätigt, in dem die Auflösung der Gemeindevertretung verfügt worden war.

Das bedeutet eine schwere Schlappe für Havighorsts Bürgermeister Hoffmann (GDP), durch den die Schwierigkeiten in dieser Gemeinde überhaupt erst entstanden waren, wie wir bereits in der Ausgabe 33/63 von „Union in Deutschland“ berichtet hatten. Hoffmann war mit den Stimmen der fünf Havighorster GDP-Ratsherren zum Bürgermeister gewählt worden, während die fünf übrigen Abgeordneten der CDU, der SPD und einer Wählergemeinschaft gegen ihn gestimmt hatten.

Zwischen Hoffmanns GDP und den anderen Vertretern kam es jedoch zu keiner Zusammenarbeit, was in der Praxis bedeutete, daß in der Gemeindevertretung keine Beschlüsse zustandekamen. Seit dem 22. März 1963 war die Gemeindevertretung „dauernd beschlußunfähig“, wie es Landrat Dr. Haarmann (CDU) festgestellt hatte. Zum großen Krach kam es allerdings erst, als die fünf nicht der GDP angehörenden Abgeordneten ihre Mandate niederlegten und ihre Nachfolger auf der Reserveliste sich weigerten, die freigewordenen Mandate zu übernehmen.

Da griff Innenminister Dr. Schlegelberger ein und beantragte die Auflösung der Gemeindevertretung. Der Landtag stimmte zu. Bürgermeister Hoffmann gab sich jedoch nicht geschlagen. Er klagte vor dem Verwaltungsgericht, um seine Ansicht durchzusetzen, daß zur Beschlußfähigkeit der Gemeindevertretung fünf Abgeordnete ausreichend seien. Das Verwaltungsgericht Schleswig stimmte Hoffmanns Ansichten teilweise zu, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg stellte jedoch jetzt in einem bereits rechtskräftig gewordenen Urteil fest, daß zur Beschlußfähigkeit zehn Abgeordnete gehörten. Die praktische Folge: in Havighorst muß neu gewählt werden.

Hoffmann hat inzwischen die Aussichtslosigkeit einer weiteren Klage gegen das Landesinnenministerium eingesehen, das einen „Beauftragten“ nach Havighorst geschickt hatte, der die Rechte und Pflichten der Gemeindevertretung wahrnehmen sollte. Diese Klage hat er nach seiner Niederlage vor dem Oberverwaltungsgericht zurückgenommen.

## „Moment mal, Kollege ...“

### Jugendgruppe der Stadtverwaltung Dortmund auf Abwegen

„Moment mal, Kollege ...“ heißt ein Flugblatt der neutralistischen „Kampagne für Abrüstung“. „Moment mal, Kollege ...“ muß man auch der Jugendgruppe der Stadtverwaltung Dortmund zurufen, die dieses Flugblatt verschickt.

Schon einmal war die Dortmunder Jugendgruppe unangenehm aufgefallen, als sie in der April/Mai-Ausgabe ihrer

Zeitschrift „Jugendecho“ einen Artikel über den CDU-Bundesparteitag veröffentlichte, der jegliche Neutralität vermissen ließ, der im Gegenteil stark sozialdemokratisch eingefärbt war. Die CDU Dortmund kommentierte den politischen Fehltritt des „Jugendechos“ damals: „Ein verstärktes Echo sozialdemokratischer Politik“ (siehe auch Uid 24/64).

Was die mit Steuergeldern finanzierte Jugendgruppe der Stadtverwaltung nun bewegen hat, das Flugblatt der „Kampagne“ zu verbreiten, die nicht nur fleißig für die kommunistisch unterwanderten „Ostermärsche“ Reklame macht, sondern auch mit einer sogenannten Petition an den Deutschen Bundestag Neutralitätsparen verbreitet, bleibt unerfindlich.

Schleswig-Holsteins Filmtheaterbesitzer und die Fußball-Vertragsligaverene haben es der SPD zu „verdanken“, daß für sie von der CDU und FDP geplante Hilfsmaßnahmen wieder in weite Ferne gerückt sind. Eine entsprechende Novelle zum Vergünstigungsteuergesetz konnte am 20. August vom Innenausschuß des Landtages nicht beraten werden, weil die SPD verhinderte, daß er auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Sozialdemokraten hatten sich hinter Geschäftsordnungsvorschriften verschanzt. Jetzt kann die Novelle frühestens Mitte September im Ausschuß beraten und erst dann dem Parlament abschließend vorgelegt werden. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Köberle hat diese Verzögerung bedauert und sich namens der CDU dafür ausgesprochen, daß die vorgesehenen Vergünstigungen — bei „wertvollen“ Filmen und für Fußball-Vertragsligaverene soll künftig die Vergünstigungsteuer wegfallen — möglichst bald wirksam werden.

### SPD verzögert Hilfe

Denn die „Jugendecho“-Redakteure hätten stutzig werden müssen, als sie die Namen jener Männer lasen, die diese „Petition“ unterstützen. Dazu gehört neben so umstrittenen Neutralisten wie Kirchenpräsident Niemöller und Oberkirchenrat Kloppenburg und dem „Naturfreunde“-Bundesvorsitzenden Fallner auch der Schriftsteller Max von der Grün, der sich seit einiger Zeit als Kolumnist der kommunistischen Tarnzeitschrift „Elan“ betätigt.

## Mitgehört — mitgelesen

Der Einfluß der SPD in Hessen sinkt. Diese Feststellung wird immer wieder von Beobachtern des politischen Geschehens in Hessen getroffen. Die „Frankfurter Neue Presse“ liefert dafür in ihrer Ausgabe vom 27. August 1964 ein Beispiel: Sie gibt in folgender Form die Aussage eines hessischen FDP-Politikers wieder:

„Der Landtagsabgeordnete der Freien Demokraten und ehrenamtliche Stadtrat im Frankfurter Magistrat, Heinz-Herbert Karry, erklärte am Mittwoch in Frankfurt, der Einfluß der SPD in Frankfurt gehe immer mehr zurück, während die Gewerkschaften ständig an Einfluß gewannen.“

Karry zählte als Beispiele auf, daß die gewerkschaftsverbundene Gewerbebauträger GmbH das Nordweststadtzentrum bauen sollte, daß der frühere Fraktionsvorsitzende der SPD und langjährige Kreisvorsitzende des DGB, Ewald Geißler, den Posten des leitenden Geschäftsführers bei der Nassauischen Heimstätte erhalten habe, und daß keine Position in einer Schule, oder im Schulamt ohne Zustimmung der Gewerkschaft besetzt werden könne.

Ferner führte er zur Stützung seiner Ansicht an, daß fünf von den sechs Frankfurter SPD-Landtagsabgeordneten in erster Linie Gewerkschaftsfunktionäre und erst dann SPD-Leute seien. Jetzt werde der Gewerkschaftler Birkelbach Staatssekretär von Ministerpräsident Zinn in Wiesbaden, und der Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft, Hesselbach, habe ein viel stärkeres politisches Gewicht in der SPD als der Unterbezirksvorsitzende Emil Bernt.

### Unterschriften erschlichen

Die GDP wird sich in Essen an der Kommunalwahl nicht beteiligen dürfen, nachdem der Essener Wahlausschuß die Wahlvorschläge und Reservelisten der GDP abgelehnt hat. Der GDP wird vorgeworfen, die für jeden Wahlvorschlag notwendigen 20 Unterschriften z. T. erschlichen zu haben. Zur Klärung der gegen die GDP erhobenen Vorwürfe wurde inzwischen die Kriminalpolizei eingeschaltet.

### Zur CDU übergetreten

Die beiden bisherigen GDP-Abgeordneten im Kreistag von Vechta, Flüchtlingsamtsleiter Gustav Heinrich und Rechtsbeistand Gerhard Peuker, haben ihrer bisherigen Partei den Rücken gekehrt und sind zur CDU übergetreten. Beide wurden inzwischen an aussichtsreicher Stelle auf den Kommunalwahllisten der CDU placiert.

### Über 300 neue Mitglieder

Seit Oktober 1963 ist die Mitgliederzahl des Bezirksverbandes Osnabrück der Jungen Union um fast 300 auf 1815 gestiegen, wie jetzt beim Delegiertentag bekannt wurde, an dem auch der Bundesvorsitzende Dr. Klepsch teilnahm. In dieser Zeit wurden neun Kreisverbände neu gegründet. Die Delegierten sprachen sich in einer Entschließung für eine intensivere Familienpolitik aus. Insbesondere forderten sie die Förderung des familiengerechten Wohnungsbaues, vor allem für junge Eheleute und kinderreiche Familien.